

Antrag

der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Johannes Vogel (Olpe), Konstantin Kuhle, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Dr. Jürgen Martens, Dr. Martin Neumann, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Positiv arbeiten – Bundestag und Bundesregierung als diskriminierungsfreie Arbeitgeber

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. In Deutschland leben rund 88.000 Menschen mit HIV. Werden sie rechtzeitig diagnostiziert und erhalten die heute übliche Behandlung, haben HIV-positive Menschen dank des medizinischen Fortschritts inzwischen eine nahezu normale Lebenserwartung. Sie können leben wie andere Menschen auch und sind genauso leistungsfähig. Trotzdem sehen sie sich auch heute noch Diskriminierung, Vorurteilen und unnötigen Berührungängsten ausgesetzt – auch im Arbeitsleben. Das reicht von Mobbing über üble Nachrede bis hin zu unberechtigten Kündigungen (www.aidshilfe.de/sites/default/files/documents/Fakten_HIV_und_Arbeit_Blog.pdf).
 2. Um dem entgegenzuwirken, wurde die Arbeitgeberinitiative #positivarbeiten von der Deutschen Aidshilfe ins Leben gerufen. Mit der Zeichnung der Deklaration setzen sich Unternehmen, private und öffentliche Institutionen für die aktive Förderung eines respektvollen Miteinanders im Arbeitsalltag ein und machen deutlich, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit HIV willkommen sind und sich offen zeigen können.
 3. HIV-positive Menschen dürfen nicht länger unter Stigmatisierung und Ausgrenzung leiden. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung sollten sich in ihrer Rolle als Arbeitgeber der Deklaration anschließen. Sie tragen Verantwortung für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen in ihrem eigenen Arbeitsumfeld und haben als Verfassungsorgane eine besondere öffentliche Vorbildfunktion. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das

Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesministerium der Verteidigung sowie die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag haben die Deklaration bereits unterzeichnet (www.aidshilfe.de/positivarbeiten-zeichnende). Sie reißen sich ein in eine stetig wachsende Liste an Unterzeichnenden, die von Unternehmen aus der Wirtschaft über Städte, Verbände, Rundfunkanstalten und Einrichtungen des kulturellen Lebens reicht.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt,

den Bundestagspräsidenten mit einer Unterzeichnung der Initiative #positivarbeiten der Deutschen Aidshilfe zu beauftragen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich mit all ihren obersten und nachgeordneten Bundesbehörden der Initiative #positivarbeiten der Deutschen Aidshilfe anzuschließen.

Berlin, den 12. Mai 2021

Christian Lindner und Fraktion